



Großbritannien: Bevölkerung soll gegen Terroristen geschult werden

Der zuletzt veröffentlichte Bericht über die Terrorsituation in Großbritannien spricht von der akuten Möglichkeit einer „schmutzigen Bombe“. Die Regierung will deshalb zu drastischen Mitteln greifen und überdenkt die Schulung von 60.000 Briten, vorwiegend Angestellten von Hotels und Geschäften. Sie sollen sensibilisiert werden und Vorbereitungshandlungen erkennen und melden. Man dürfe den Anti-Terror-Kampf nicht alleine der Polizei und den Geheimdiensten überlassen meinte die britische Innenministerin Jacqui Smith. Im Falle eines Anschlages mit chemischen oder radioaktiven Material sollen die Menschen auch wissen was zu tun ist.



Europäische Union: Genereller Spionageverdacht gegen Journalisten

Eine Welle der Empörung ergriff Anfang des Jahres die bei der EU akkreditierten Journalisten, als durch den Brüsseler Korrespondenten der Frankfurter Allgemeinen Zeitung ein Vermerk der EU-Kommission bekannt wurde. Journalisten wurde generell ein Spionageverdacht unterstellt. Dies empfanden die Journalisten selbst und ihre Vertretungen als massiven Vorstoß gegen die Presse- und Informationsfreiheit im Rahmen der Berichterstattung über die Arbeit der EU-Kommission. Der knieweiche Versuch der Sprecherin von Verwaltungskommissar Sim Kallas diesen Vermerk zu entschärfen, fand wenig Gehör. Es wurde die vollständige Rücknahme der Pauschalverdächtigung gegen die 1.500 in Brüssel tätigen Journalisten und eine öffentliche Entschuldigung verlangt.



Europäische Union: Brite wird Euro- pol-Direktor

Der Brite Robert Wainwright zieht als neuer Chef von Europol in Den Haag ein, er löst damit Max-Peter Ratzel ab. Wainwright war bisher Chef der Abteilung Internationales der britischen Agentur zur Bekämpfung des organisierten Verbrechens (SOCA) und für internationale Zusammenarbeit zuständig.



Niederlande: Kein Job für einen weißen Mann

Dass Arbeitsplätze ohne Berücksichtigung von Geschlecht und Hautfarbe vergeben werden sollen, steht wohl außer Diskussion. Ob jemand einen Job bekommt, darf ausschließlich von seiner Fähigkeit abhängen, das gilt nicht auch, sondern vor allem im Bereich der Polizei. Wer nun glaubt, dass nur Frauen und Farbige diskriminiert werden, der irrt. Die niederländische Innenministerin Ter Horst hat den von einer Kommission als bestqualifizierten Teun Visscher als Polizeichef für Südholland abgelehnt. Grund: Er ist weiß und ein Mann. Ihrer Meinung nach sollte ein „swarter Allochthon“ (wie Niederländer mit Emigrationshintergrund genannt werden) die Polizeigewalt über die dreieinhalb Millionen Einwohner rund um Rotterdam bekommen. „Positive Diskriminierung“ wird so etwas in den Niederlanden genannt. Wenn schon kein Färbiger, dann könnte man doch eine Frau nehmen meinte die sozialdemokratische Innenministerin. Pech nur, dass alle Kandidatinnen ausgesiebt wurden, weil sie nicht die Qualifikation hatten. Die Innenministerin bewies mit ihrer Maßnahme Geschichtsbewusstsein, denn die Idee der positiven Diskriminierung stammt aus den 80er Jahren des vorigen Jahrhunderts. Da sich aber bald herausstellte, dass eine Stellenvergabe nach diesem System dazu führte, dass nicht der objektiv bessere eine Führungsposition bekam, nahm man bald davon Abstand. Die von der Ministerin ausgegrabene Idee fand selbst bei ihren Parteigenossen wenig Anklang. Eine breite Mehrheit der 150 Parlamentsabgeordneten sprach sich dafür aus, dass die bestqualifizierte Person Polizeichef wird, ebenso argumentierten die Zeitungen des Landes. Der Druck der Öffentlichkeit und der Volksvertreter war offensichtlich zu groß und so unterschrieb die Ministerin dann doch die Bestellungsurkunde.

